

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Diether Dehm, Alexander Ulrich, Dr. Hakki Keskin, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Inge Höger, Michael Leutert, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Intransparenz beenden – Eine lesbare Fassung des Reformvertrags schaffen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der „Entwurf eines Vertrags zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“ (Reformvertrag) ist nicht transparent und für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar. Neben den Text des Änderungsvertrags müssten der geltende EU-Vertrag, der geltende EG-Vertrag und der gescheiterte Verfassungsvertrag gelegt werden, um erkennen zu können, was geändert geregelt werden soll. Damit eine breite öffentliche Debatte über diesen Vertragsentwurf durch die Bürgerinnen und Bürger möglich wird, muss der Vertragsentwurf auch als fortlaufender Text der neuen Fassung der Verträge mit allen Protokollen und Erklärungen in allen europäischen Amtssprachen, also in einer konsolidierten Fassung, vorgelegt werden.

Im Hinblick auf die engen Zeitplanungen für die Entscheidungen über den Reformvertrag besteht die Notwendigkeit, dass die konsolidierte Fassung des gesamten „Vertrages von Lissabon“ schnellstmöglich vorgelegt, und den Bürgerinnen und Bürger in geeigneter Form vollständig und kostenfrei zur Verfügung gestellt wird. Eine kommerzielle Veröffentlichung zum Preis von 34,80 Euro zu erwerben, kann den Bürgerinnen und Bürgern nicht zugemutet werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. beim Rat darauf hinzuwirken, dass schnellstmöglich eine konsolidierte Fassung des Vertrags von Lissabon in allen Amtssprachen der Europäischen Union erarbeitet und den Bürgerinnen und Bürgern in geeigneter Form unentgeltlich zugänglich gemacht wird. Hierfür müssen eine elektronische Fassung im Internet, aber auch eine gedruckte Fassung erstellt werden,
2. über die Bundeszentrale für politische Bildung schnellstmöglich eine Synopse des Reformvertrags im Vergleich zum Verfassungsvertrag und den Nizzaer Vertrag vorzulegen,

3. den Vertrag nicht zu unterzeichnen, bevor nach Vorlage der konsolidierten Fassung ein umfassender zivilgesellschaftlicher Dialog über den Reformvertrag erfolgt ist.

Berlin, den 6. Dezember 2007

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**